

75 Jahre

Nach dem Umsturzversuch Claus Schenk Graf von Stauffenbergs

Autor: Prof. Winfried Heinemann

Am 20. Juli 1944 zündete Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Führerhauptquartier „Wolfschanze“ in Ostpreußen während des Lagevortrags bei Hitler einen Sprengsatz. Er sah die Detonation selbst aus einiger Entfernung, verglich die Sprengwirkung mit dem Einschlag einer 15-Zentimeter-Granate und war überzeugt, da sei niemand lebend davongekommen. Hitler müsse tot sein! Aber er lag falsch – Hitler hatte die Detonation mit leichten Verletzungen überlebt.

Am späten Nachmittag bekam man im Umfeld des „Führers“ mit, dass es sich um mehr handelte als nur um den Versuch, Hitler zu töten. Dahinter stand eine von langer Hand vorbereitete Aufstandsplanung. In Berlin war der Staatsstreich von Teilen des Militärs schon angelaufen.

In der deutschen Öffentlichkeit hat es sich eingebürgert, vom 20. Juli als dem „Tag des Attentats auf Hitler“ zu sprechen. Wenn man den Schwerpunkt auf das Attentat legt, ist es auch legitim zu fragen, warum der 37-jährige schwer kriegsverwundete Oberst sich nicht selbst geopfert und mit Hitler zusammen in die Luft gejagt habe.

Aber in Kreisen des nationalkonservativen Widerstands gegen Hitler war das Attentat von Anfang an umstritten gewesen. Auch viele Hitlergegner hatten es aus politischen oder religiösen Motiven heraus abgelehnt, den geplanten Umsturz mit einem „politischen Mord“ zu beginnen. Der Major Ludwig Frhr. von Leonrod hatte seinen Beichtvater gefragt, ob man sich an einem solchen „Tyrannenmord“ beteiligen dürfe – das brachte später auch den Kaplan Dr. Hermann Wehrle an den Galgen.

Attentate auf Hitler haben auch andere unternommen: der schwäbische Schreiner Georg Elser etwa oder der Schweizer Seminarist Maurice Bavaud. Es ist im Nachhinein billig zu fragen, was geworden wäre, wenn einer von ihnen Erfolg gehabt hätte. Pläne für einen kompletten Systemwechsel hatte jedenfalls keiner von ihnen. Das mindert nicht ihre moralische Kraft, aber historisch wirkmächtig ist keiner von ihnen geworden.

Der Aufstand des 20. Juli 1944 hingegen hat erhebliche Auswirkungen auf das Machtgefüge des Dritten Reiches gehabt, ebenso auf die Wahrnehmung Deutschlands bei den Kriegsgegnern und für die Identität der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Das Datum steht nicht in erster Linie für eine gesinnungsethische Verzweiflungshandlung mit eher symbolischem Wert, sondern für eine verantwortungsethische Planung, die Diktatur und den Krieg zu beenden. Darüber täuscht der moralisierende Diskurs in der deutschen Öffentlichkeit leicht hinweg.

Militärische, religiöse, ethische Motive?

„Aufstand des Gewissens“ nannte sich die Wanderausstellung, die das Militärgeschichtliche Forschungsamt 1984 erstmals auf Reisen schickte. Aber war es nur das? War der Widerstand, der im 20. Juli 1944 gipfelte, allein oder doch weit überwiegend von moralisch-ethischen Motiven getragen, wie es eben der öffentliche Diskurs bis heute suggeriert? Schon in den 1960er-Jahren wiesen Historiker darauf hin, dass die im Widerstand engagierten Politiker und Diplomaten Vorstellungen von einem Nachkriegsdeutschland hatten, die sich keineswegs mit der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes und mit der von Adenauer konsequent betriebenen Westorientierung der Bundesrepublik deckten. Später ergaben weitere Forschungen, dass auch einige jener, die im Widerstand ihr Leben gelassen hatten, in die Verbrechen an der Ostfront verstrickt gewesen waren. Viele teilten den bürgerlichen Antisemitismus



Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg (links) und Oberst i. G. Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim. Stauffenberg war seit dem 01. Juni 1944 Chef des Stabes beim Chef der Heeresrüstung.
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

ihrer Zeit, der aber keinesfalls mit der physischen Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten verwechselt werden darf.

Für militärischen Widerstand gab es auch speziell militärische Motive. Viele der späteren Verschwörer hatten ursprünglich geglaubt, der Krieg gegen die Sowjetunion diene der Befreiung des Landes von dem verhassten Sowjetsystem. An einem Krieg, der die unterschiedslose Vernichtung ganzer Völker zum Ziel hatte, wollten sie sich nicht beteiligen, zumal gerade die deutsche Vernichtungspolitik die Menschen in den besetzten sowjetischen Gebieten entfremdete und den Partisanen in die Arme trieb. Ebenso war die Kriegsspitzen-gliederung des Reiches ein Grund, das System abzulehnen. Hitler hatte sich 1938 zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht gemacht, und seit 1942 war er auch Oberbefehlshaber des Heeres. Die drei Wehrmachtsteile Heer, Marine und Luftwaffe arbeiteten gegeneinander im Kampf um materielle und personelle Ressourcen und alle drei gegen die verhasste Waffen-SS und die Parteibürokratie. Zuständigkeiten waren unklar; einheitliche Verfahren wurden aufgegeben zugunsten ständig neuer Sonderbeauftragter und Arbeitsausschüsse. Ein

junger, aufstrebender Major im Generalstab pflegte Vorträge zu diesem Thema mit der Bemerkung einzuleiten, „die Kriegsspitzen-gliederung der deutschen Wehrmacht sei noch blöder, als die befähigsten Generalstabsoffiziere sie erfinden könnten, wenn sie den Auftrag bekämen, die unsinnigste Kriegsspitzen-gliederung zu erfinden“. Dieser Major hieß Claus Graf Stauffenberg. Dabei ging es nicht um Ressorteteilheit, sondern um die qualifizierte Entscheidungsvorbereitung und -umsetzung in der Kriegführung, und auch damit letztlich wieder um einen verantwortbaren Umgang mit Menschenleben.

Stauffenberg war Chef des Stabes Stauffenberg beim Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef Heeresrüstung. Hier mehr noch als anderswo war schon früh deutlich geworden, dass Deutschland den Krieg personell und materiell nicht durchstehen konnte. Wenn Stauffenberg von der „Erhaltung der blutsmäßigen Substanz“ des deutschen Volkes sprach, dann ist das zwar nicht mehr unsere Sprache, aber es reflektiert die Einsicht, dass die personellen Verluste an den Fronten schon lange nicht mehr auszugleichen waren. Und dabei standen die schlimmsten Verluste noch aus: An der Ostfront zeichnete sich der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte ab (einer von Stauffenbergs engsten Mitverschwörern, Generalmajor Henning von Tresckow, war Chef des Generalstabes der 2. Armee innerhalb der Heeresgruppe Mitte, sodass die Verschwörer bestens informiert waren); der August 1944 wurde zum Monat mit den bis dahin höchsten Verlusten und den zweithöchsten Verlusten der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg überhaupt. Auch die Zerstörung deutscher Städte schritt voran – gewiss, Lübeck, Köln oder Hamburg waren bereits weitgehend vernichtet worden, aber anderen Städten wie Dortmund, Potsdam oder Dresden war das Inferno bis zum Sommer 1944 noch erspart geblieben.

Reden wir beim 20. Juli 1944 nur von Militärs, die retten wollten, was zu retten war?

Abgesehen davon, dass auch die Rettung von Menschen und Kulturgütern ein moralisch berechtigtes Ziel ist – hinter dem Umsturzversuch stand am Ende noch mehr. Henning von Tresckow war ein tief gläubiger evangelischer Christ. Vor seiner Selbsttötung am 21. Juli sagte er zu einem engen Vertrauten:

„Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und mein Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er

werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird.“ Wer weiß heute noch, dass er damit auf eine Stelle aus dem Buch Genesis anspielte? Claus von Stauffenberg war ein – vielleicht nicht immer praktizierender, aber doch überzeugter – Katholik. Noch am Vorabend des Attentats und Staatsstreichs ließ er auf der Fahrt nach Hause an einer Kirche anhalten und nahm sich Zeit für ein Gebet.

Im Verlauf des Jahres 1944 hatte sich immer klarer herausgestellt, dass auch eine Umsturzregierung keine konkreten politischen Zugeständnisse erwarten konnte. Ohnehin standen die Chancen für einen erfolgreichen Staatsstreich aus vielen Gründen schlecht. Die Verschworenen hätten ihre Pläne aufgeben und wie die vielen anderen das Kriegsende erwarten können. Dass sie es nicht getan haben, lässt einen Prozess erkennen, an dessen Anfang politische, diplomatische oder eben militärische Motive standen, an dessen Ende aber die moralische Dimension ihres Handelns immer klarer hervortrat.

Widerstand in der Tradition der frühen Bundeswehr

Die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung stellte sich schon ab 1950. Von Anfang an war klar, dass man zur Aufstellung militärischer Verbände auf die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht würde zurückgreifen müssen, vor allem für qualifiziertes Spitzenpersonal – man könne der NATO keine achtzehnjährigen Generale anbieten, soll Adenauer gesagt haben.

Damit aber stellte sich die Frage, ob man „eidtreue“ Offiziere und solche des Widerstands gemeinsam würde einstellen können; immerhin sah eine Mehrheit der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere in den früheren Verschwörern auch in den 1950er Jahren noch „Verräter“. Aber es war innen- wie bündnispolitisch nicht vorstellbar, bei der Wiederbewaffnung auf Offiziere mit NS-Vergangenheit zu setzen und Angehörige des Widerstands auszuschließen. Man wollte kein Wiederaufstehen der NS-Wehrmacht. Letztlich gelang das nur, indem sich die Ehemaligen auf eine Kompromissformel einließen, in der beide Verhaltensweisen – Kämpfen bis zum Ende und militärischer Staatsstreichversuch – als zulässig erklärt wurden, solange dahinter „ehrenhafte“ Motive standen. Diese Kompromissformel hat auch die Traditionspflege der Bundeswehr lange getragen. Aber sie sah von den konkreten Zielen der 1944 Handelnden ab. Indem sie die Frage auf eine moralische Ebene hob, ließ sie die Rolle der Wehrmacht im Vernichtungskrieg unbeachtet. Sie ermöglichte es auch, manche Widersprüche auszuhalten. So sollte die neue Bundeswehr dem Primat der Politik unterworfen sein; die Wehrmacht aber hatte den Primat der Politik fast vorbildlich gelebt – allerdings einer verbrecherischen Politik. Der einzige Versuch des Militärs, selbst Politik zu machen, war der 20. Juli 1944 gewesen. Solchen Dilemmata ließ sich mit einer Reduzierung der Diskussion auf moralische Fragen gut ausweichen.

Für die Personalauswahl der Offiziere ab Oberst aufwärts setzte der Bundestag ein eigenes, unabhängiges Gremium ein, den „Personalgutachterausschuss“. Ihm gehörten

mehrere Personen an, die am Widerstand beteiligt gewesen waren. Der „PGA“ setzte durch, dass von allen Bewerbern um eine Wiedereinstellung zumindest eine abgewogene Bewertung des 20. Juli zu fordern war. Wer die Männer um Stauffenberg weiterhin als „Verräter“ bezeichnete, hatte keine Chance auf Übernahme in die junge Bundeswehr. Programmatisch setzte Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß die Benennung von Kasernen nach Angehörigen des Widerstands durch. Ging der Name „Generaloberst-Beck-Kaserne“ für die ehemalige „NS-Ordensburg“ in Sonthofen noch auf Bundeskanzler Adenauer selbst zurück, so benannte Strauß Kasernen in Sigmaringen (Stauffenberg), Oldenburg (Tresckow), Augustdorf (Rommel), Husum (Leber) und Donauwörth – die dortige Kaserne nach dem Jesuitenpater Alfred Delp, obwohl dieser zum militärischen Widerstand kaum Kontakt gehabt hatte.

1959 erließ Generalinspekteur Adolf Heusinger einen Tagesbefehl zum 15. Jahrestag des gescheiterten Aufstandes, in dem er schrieb: *„Die Tat des 20. Juli 1944 – eine Tat gegen das Unrecht und gegen die Unfreiheit – ist ein Lichtblick in der dunkelsten Zeit Deutschlands“*, und dass, obwohl Heusinger selbst von Stauffenbergs Bombe verwundet worden war.

Die Akzeptanz des militärischen Widerstands als traditionswürdig für die Bundeswehr hat sich wohl von oben nach unten, weil politisch gewollt, durchgesetzt. Gewiss – noch bis in die frühen 1970er-Jahre hinein gab es in einigen Verbänden ältere Offiziere, die nach ein paar Gläsern Bier ihren Vorurteilen gegenüber den „Eidbrechern“ freien Lauf ließen – aber das gab es in der Gesamtgesellschaft auch. Insgesamt kann man der Bundeswehr bescheinigen, in der Frage der Anerkennung des Widerstandes in Westdeutschland eine Vorreiterrolle eingenommen zu haben.

Zum Widerstand: Nicht nur der 20. Juli

Noch bis weit in die 1960er-Jahre hinein konzentrierte sich die Wahrnehmung von „Widerstand“ in der Bundesrepublik auf die Opposition der Nationalkonservativen. Widerständiges Verhalten von Arbeitern, Jugendlichen, religiösen Minderheiten oder Kriegsgefangenen fand wenig Interesse. Das wandelte sich in den späten 1970er-Jahren, als beispielsweise der Arbeiterwiderstand im Ruhrgebiet, Judenretter oder das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ mehr Aufmerksamkeit erfuhren. Das Interesse verlagerte sich auch deshalb, weil die politischen Vorstellungen des bis dahin übermächtigen nationalkonservativen Widerstands jetzt in der Forschung klarer hervortraten – und sich eben in vielem nicht mit der Ordnung des Grundgesetzes deckten.

Auch vor der Bundeswehr machte diese Entwicklung nicht halt – allerdings deutlich zeitverzögert. So ehrte die Sanitätsakademie in München den Feldwebel Hans Scholl, führender Kopf der „Weißen Rose“, und in Gotha ist seit 2001 ein Saal in der Kaserne nach Oberstleutnant Ritter von Gadolla benannt, der 1945 die Stadt kampfflos übergeben hatte und dafür erschossen worden war.

1942 war der Wiener Feldwebel Anton Schmid hingerichtet worden, weil er Juden aus dem Ghetto in Wilna zur Freiheit



Die steinerne Nachbildung der Flugblätter: Sie liegen nicht zufällig verstreut, sondern sie bilden thematische Gruppen. Direkt vor dem Haupteingang der Universität befindet sich ein Blätterensemble, das den Verurteilten des ersten Prozesses, Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst, gewidmet ist.
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

verholfen hatte. Im Jahre 2000 benannte die Bundeswehr die Kaserne in Rendsburg nach ihm; als diese geschlossen worden war, wurde die Kaserne in Blankenburg im Harz nach Schmid benannt. Inzwischen verlagert sich der Fokus des Interesses. So moralisch vorbildlich diese und andere Verhaltensweisen gewesen sind – sie alle kurierten an Symptomen des verbrecherischen Regimes. Allein der Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 hatte das Potenzial, das System als Ganzes zu stürzen und dem Völkermorden ein Ende zu machen. Das lässt Stauffenberg, Tresckow, Beck und Goerdeler als einzigartig dastehen.

Die Tradition des Aufstands – ohne Militär?

Erstaunlich ist dabei allerdings eine spürbare „Entmilitarisierung“ der Erinnerung. Der Tom-Cruise-Film „Operation Walküre“ schwelgte in Uniformen, was dem amerikanischen Publikumsgeschmack geschuldet war. In Deutschland zieht es die Öffentlichkeit vor, die Tatsache zu verschweigen, dass es sich bei den für das NS-Regime gefährlichsten Oppositionellen um Berufsoffiziere gehandelt hat und dass neben dem Versuch, Hitler zu töten, auch ein Putschversuch des Militärs stand.

Am 1. Juli 2014 eröffnete Bundeskanzlerin Angela Merkel die neue Dauerausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und legte dabei ein Bekenntnis zum Widerstand in seiner ganzen Breite ab. Sie benannte die militärischen Verschwörer sogar namentlich (wenn sie auch den Generaloberst Beck wegließ): „Nur wenige Schritte entfernt von uns liegt der Hof, in dem Claus Schenk Graf von Stauff-

enberg, Friedrich Olbricht, Mertz von Quirnheim und Werner von Haeften erschossen wurden.“ Aber keinen der vier nannte sie mit ihrem Dienstgrad. Dabei hatten sie sich gegen den „Führer“ verschworen, weil sie Offiziere waren! In der deutschen Öffentlichkeit herrscht noch immer ein dumpfes Vorurteil, dass militärisches Handeln und Gewissen einander ausschließen. Wenn man darauf hinweist, dass der „Aufstand des Gewissens“ von militärischen Sachüberlegungen seinen Ausgang nahm, dann heißt das gerade nicht, ihm seine moralische Qualität abzusprechen. Vielmehr muss es dazu auffordern, anzuerkennen, dass auch Handeln aus der Verantwortung als militärischer Führer sehr wohl moralisch gerechtfertigt sein kann. Das ist vielleicht die Kernbotschaft des 20. Juli 2019. ■

Der Autor

Winfried Heinemann ist ein Offizier und Militärhistoriker. Er wirkt am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und ist seit 2014 Honorarprofessor an der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.